Drucksachen-Nr. 4/2005	Version	Datum 12.01.2005	Blatt
----------------------------------	---------	---------------------	-------

- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nicht-öffentliche Sitzung

Beratungsfolge: _____ Datum: _____

- Fachausschuss _____
 Fachausschuss _____
 Kreisausschuss 18.01.2005
 Kreistag 02.02.2005

Inhalt:

Neufassung Verkehrsvertrag (alte Fassung DS-Nr. 167/2004) für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) 2004 - 2008

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 5.800.000 €	Haushaltsstelle 79200.71540	Haushaltsjahr 2005	☒ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:			

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt die Neufassung des Verkehrsvertrags entsprechend der Anlage abzuschließen.

zuständiges Amt:

Referat für
Wirtschaftsförderung
und Kreisentwicklung

Dieter Tramp

Klemens Schmitz

Amtsleiter

Dezernent

Landrat

abgestimmt mit:

Amt	Name	Unterschrift
Dezernat III	Herr Kraus	_____

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
KA	18.01.2005						
KT	02.02.2005						

Begründung der Vorlage:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.11.2004 den Beschluss (DS-Nr.: 167/2004) gefasst:

„Der Landrat wird beauftragt den Verkehrsvertrag entsprechend dem Entwurf gemäß Anlage 2 abzuschließen.“

Der Kreistagsbeschluss beruhte unter anderem auf einem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur Regelung des ÖPNV. Der EuGH formulierte erstmals Bedingungen, unter denen öffentliche Zuschüsse ohne Beteiligung der Europäischen Kommission von öffentlichen Auftraggebern an Verkehrsunternehmen ausgereicht werden dürfen. Über die Auslegung der vom EuGH formulierten Forderungen gehen die Rechtsauffassungen gegenwärtig noch weit auseinander.

In den letzten Wochen gab es in der Fachpresse seitens der führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dringende Empfehlungen bezüglich der Formulierung in Verkehrsverträgen. Damit soll insbesondere eine Umsatzsteuerpflichtigkeit vermieden und die vom Europäischen Gerichtshof verlangte transparente gemeinwirtschaftliche Verpflichtung sichergestellt werden. Die Neufassung des Vertrages berücksichtigt diese Empfehlungen.

Die Kosten in Höhe von jährlich 5.800 TEUR an die Verkehrsunternehmen bleiben unverändert.

Folgende formale Änderungen waren erforderlich:

- Die Verkehrsunternehmen Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG) und die Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde (PVG) müssen als Vertragspartner jeweils einzeln genannt werden. Die Verkehrsgemeinschaft Uckermark (VGU) darf nur als handelnd im Namen und auf Rechnung der PVG und der UVG aufgeführt werden. Diese Änderung wurde in allen Paragraphen berücksichtigt.
- Die Formulierung „Leistung“ soll aus umsatzsteuerlichen Gründen nicht verwendet werden. Von Wirtschaftsprüfern wird stattdessen der Begriff gemeinwirtschaftliche Verpflichtung empfohlen. Auch diese Änderung ist in allen Paragraphen erfolgt.
- In der Präambel sind die Absätze 2 und 3 mit Bezug auf das EuGH-Urteil zur Klarstellung eingefügt worden.
- Im § 1 sind die Absätze 1 und 2 konkreter formuliert worden.
- Im § 6 sind die von den Wirtschaftsprüfern empfohlenen Musterformulierungen eingefügt worden.
- Im § 7 wurde der Absatz 3 gestrichen und dafür mit neuer Formulierung im § 11 Absatz 2 eingefügt.
- Die Leistungsvereinbarung (Anlage 1 zum Verkehrsvertrag) wurde in Zusatzvereinbarung umbenannt.
- In der Zusatzvereinbarung werden in den Paragraphen 1 und 2 die Linienkilometer jetzt getrennt nach UVG und PVG ausgewiesen. Im Rahmen der Überarbeitung wurden zugleich die neuen Fahrplankilometer aus dem Fahrplanwechsel im Dezember 2004 berücksichtigt.
- Im § 3 der Zusatzvereinbarung werden die UVG und PVG jetzt ebenfalls einzeln aufgeführt. Zusätzlich sind beide Unternehmen verpflichtet worden sich von einem einheitlichen Gutachter nach den EuGH-Kriterien zertifizieren zu lassen.

Die Neufassung des Verkehrsvertrages liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag

- Verkehrsvertrag -

zwischen

dem Landkreis Uckermark
Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau
vertreten durch Herrn Landrat Klemens Schmitz
im Folgenden

kurz Aufgabenträger genannt,

der Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde,
Steinstraße 5, 16303 Schwedt/Oder,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Herrn Jürgen Crusius

kurz PVG,

der

Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH,
Hans-Philipp-Straße 2, 17268 Templin,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Herrn Hartwig Winands

kurz UVG

sowie der

Verkehrsgemeinschaft Uckermark
Brüssower Allee 88, 17291 Prenzlau
Vertreten durch die Geschäftsführer
Herrn Hartwig Winands
Herrn Jürgen Crusius
im Folgenden

handelnd im Namen und auf Rechnung der PVG und der UVG,
kurz "VGU" genannt.

Bestandteil dieses Vertrages sind die Anlagen

„Zusatzvereinbarung“ (Anlage 1), „Qualitätsstandards“ (Anlage 2) und

„Finanzierungsplan des Nahverkehrsplanes“ (Anlage 3).

Präambel

Die Verkehrsgemeinschaft Uckermark ist eine Gemeinschaft zwischen den Verkehrsunternehmen Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH und Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde. Die beiden Unternehmen sind als Verkehrsvollunternehmen im regionalen Markt tätig und führen bisher hauptsächlich im Gebiet des Landkreises Uckermark auf der Grundlage der Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sowie des regionalen Nahverkehrsplans Linienverkehr mit Omnibussen durch. Zur Sicherung der Eigenwirtschaftlichkeit der von den Unternehmen durchgeführten Verkehre sowie zur nachhaltigen Verbesserung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der Region des Landkreises Uckermark stellen die Partner ihre Zusammenarbeit im ÖPNV nachfolgend auf eine neue Grundlage.

Mit dieser Vereinbarung sollen vorrangig die Voraussetzungen des Urteils des EuGH in der Rechtssache Altmark Trans vom 24.07.2003 für gemeinschaftsrechtskonforme Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erfüllt werden.

Die Ausgestaltung und Finanzierung der nach gemeinsamer Überzeugung derzeit in keinem beihilfeerheblichen Wettbewerb stehenden übrigen Unternehmensbereiche wird in diese Vereinbarung zur gesamthaften Abbildung des integrierten Leistungsangebotes der PVG und UVG einbezogen. Das integrierte Verkehrsangebot bildet nach dem gemeinsamen Verständnis des Landkreises Uckermark und der VGU ungeachtet der Wettbewerbsrelevanz im Einzelnen den Inhalt der aus Sicht des Landkreises von der PVG und der UVG zu erfüllenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung im ÖPNV.

Diese neue Form der Zusammenarbeit dient der Gewährleistung einer weiteren Wahrnehmung der Aufgabenträgerverantwortung für den straßengebundenen ÖPNV durch den Landkreis Uckermark.

Die nachfolgenden Regelungen beeinträchtigen in keiner Weise bestehende Konsortial- und Kooperationsvereinbarungen im Rahmen der Zusammenarbeit im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), sondern tragen im Gegenteil zu deren Effizienzverbesserung bei.

§ 1

Gegenstand des Vertrags

- (1) Der Landkreis Uckermark betraut die PVG und die UVG nach näherer Maßgabe dieser Vereinbarung mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung von ÖPNV-Leistungen im Landkreis Uckermark.
- (2) Die PVG und die UVG nehmen die Betrauung an und führen den ÖPNV im Landkreis Uckermark nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung unter Beachtung des jeweils

gültigen Nahverkehrsplans (NVP) und auf der Grundlage der bestehenden eigenwirtschaftlichen Linienverkehrsgenehmigungen durch. Der Vertrag greift nicht in die innerbetrieblichen Kompetenzen unternehmerischen Handelns ein.

- (3) Die von der PVG und der UVG im Rahmen dieses Vertrages zu erfüllenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen sind zur Bedienung der Allgemeinheit im öffentlichen Personennahverkehr bestimmt.

§ 2

Rahmenbedingungen der Angebots- und der Vertragsgestaltung

- (1) Wichtigste Grundlage der Gestaltung des quantitativen und qualitativen Verkehrsangebots ist der Nahverkehrsplan des Landkreises Uckermark. Als Bindeglied zwischen Nahverkehrsplan und Verkehrsvertrag sind in den zu diesem Vertrag zugehörigen Anlagen „Zusatzvereinbarung“ und „Qualitätsstandards“ (Anlage 1 und 2) signifikante Einzelheiten der Angebotsgestaltung festgelegt.
- (2) Zu den weiteren Rahmenbedingungen der Angebots- und Vertragsgestaltung gehört die konstruktive Beachtung der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) und der Planungen des Landes Brandenburg zur Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV).

§ 3

Umfang des Verkehrsangebots und Modifikationen

- (1) Die PVG und UVG erbringen entsprechend der erteilten Liniengenehmigungen in ihren Bedienungsgebieten eine flächenhafte Verkehrserschließung des Kreisgebietes. Der vereinbarte Umfang der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung wird in der Anlage 1 „Zusatzvereinbarung“ jährlich spätestens bis zum 15.12. festgelegt. Darin wird den Vorgaben des Nahverkehrsplanes des Landkreises Uckermark, insbesondere gemäß der Anlage 2 „Qualitätsstandards“, entsprochen.

Von dem in der Anlage 1 geregelten Bedienungsumfang ist eine nicht gesondert zu begründende und nicht den finanziellen Beitrag ändernde Abweichung bei gegebenen Anlass, z. B. Umleitungen, von +3,0 bis -3,0 %, zulässig.

- (2) Unter Beachtung dieser Grundsätze und bei vollständiger Absicherung des Schülerverkehrs als Linienverkehre nach § 42 PBefG streben die Vertragspartner eine verkehrliche und betriebliche Optimierung und weitere Abstimmung des Verkehrsangebotes mit Busverkehrsunternehmen benachbarter Bedienungsgebiete an.
- (3) Über den in Abs. 1 definierten und in der Anlage 1 dargestellten Angebotsumfang hinaus können Zusatzverkehre vereinbart werden, wenn der Veranlasser die Kosten abdeckt bzw. die Verkehre eigenwirtschaftlich erbracht werden können. Die Unternehmen haben

für diesen Fall dem Veranlasser ein wirtschaftliches Angebot zu unterbreiten. Diese Regelung gilt ausdrücklich auch für die Realisierung zusätzlicher Bedienungswünsche von Städten und Gemeinden in der Uckermark, wenn diese mit dem Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV abgestimmt und durch diese Kommunen nach einer Kostenkalkulation selbst finanziert oder ausgleichsfinanziert werden.

- (4) Die VGU ist im Rahmen dieser Vereinbarung aufgefordert, ständig konstruktiv und kreativ an der Weiterentwicklung des Bedienungssystems im Landkreis Uckermark zu arbeiten und entsprechende Vorschläge mit und ohne genehmigungsrechtliche Relevanz vorzulegen.
- (5) Die PVG und die UVG wenden den gemeinsamen Tarif der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg zusammenwirkenden Verkehrsunternehmen (VBB-Tarif) an und nehmen am Einnahmenaufteilungsverfahren teil.

§ 4

Qualität des Verkehrsangebots

- (1) Die PVG und die UVG erfüllen die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung gemäß der Anlage 2 „Qualitätsstandards“ (Auszug aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Uckermark).

§ 5

Rechte und Pflichten der Verkehrsunternehmen

- (1) Die in der VGU zusammengeschlossenen Unternehmen bleiben Träger der sich aus Gesetzen, Verordnungen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen ergebenden Rechte und Pflichten als Verkehrsunternehmen. Den Unternehmen obliegt die ordnungs- und vertragsgemäße, d. h. vor allem auch qualitätsgerechte, Durchführung des ÖPNV. Sie bleiben Vertragspartner der Fahrgäste.
- (2) Die in der VGU zusammengeschlossenen Unternehmen sind Eigentümer ihrer Verkehrsmittel und Anlagen. Sie führen den Betrieb eigenverantwortlich und tragen dafür die Kosten gemäß nachfolgender Regelungen.
- (3) Die in der VGU zusammengeschlossenen Unternehmen erfüllen ihre Pflichten laut Straßenverkehrsgesetz bei der Bewirtschaftung der Haltestellen in Abstimmung mit den Kommunen.
- (4) Die in der VGU zusammengeschlossenen Unternehmen erwirtschaften die Betriebskosten für das in den §§ 3 und 4 sowie in der Anlage 1 vereinbarte Verkehrsangebot grundsätzlich selbst. Wesentliche Finanzierungsquellen für die Tätigkeit sind die Einnahmen aus dem Fahrausweisverkauf, die Einnahmen aus dem

Einnahmenaufteilungsvertrag im Rahmen des VBB und die gesetzlichen Ausgleichszahlungen für die rabattierte Beförderung von Schülern und Azubis nach § 45a PBefG sowie Personen nach §§ 145 ff. SGB IX.

Darüber hinaus erhalten die PVG und die UVG einen finanziellen Beitrag in der nach § 6 festgelegten jährlichen Höhe.

- (5) Die Unternehmen sind verpflichtet, gegenüber dem Aufgabenträger Zuarbeiten zu leisten, um die Kontrollfähigkeit der Vertragsdurchführung zu gewährleisten sowie Fördermittel Dritter erwirken und abrechnen zu können. Weiterhin sind dem Aufgabenträger nach Aufforderungen auch linien- oder ortsbezogene Informationen zu Fahrgastzahlen, Fahrgeldeinnahmen, durchschnittlichen Reisegeschwindigkeiten, verkauften Fahrkartensortimenten u. ä. zu erteilen.
- (6) Der Einsatz von Subauftragnehmern im Linienverkehr nach § 42 PBefG ist gestattet.
- (7) Die geleisteten Nutzfahrleistungen für den ÖPNV eines jeden Jahres sind liniengenau bis zum 30.03. des Folgejahres dem Aufgabenträger nachzuweisen.
- (8) Die Bedienung neuer und die Einstellung der Bedienung alter Haltepunkte bedarf der Zustimmung des Aufgabenträgers.

§ 6

Rechte und Pflichten des Aufgabenträgers

- (1) Für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung können die PVG und die UVG einen Ausgleich in einer Höhe erhalten, der die Kosten, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen verbrauchen würde (sog. ausgleichsfähige Kosten im Sinne des Kriteriums 4 des EuGH-Urteils), nicht übersteigt, wobei die dabei erzielten Einnahmen aus der Erfüllung dieser Verpflichtungen zu berücksichtigen sind.
- (2) Unter Zugrundelegung des Verkehrsangebotes (§ 3 Absatz 1) wird der Ausgleich gemäß Abs. 1 jährlich in der Anlage 1 spätestens bis zum 15.12. für das Folgejahr festgelegt. Die Höhe des Ausgleichs ist durch den „Finanzierungsplan des Nahverkehrsplanes“ (Anlage 3) begrenzt.
- (3) Die Ausgleichsfähigkeit der Kosten nach Abs. 1 wird bezogen auf den Vierjahreszeitraum bis zum 31.12.2008 beurteilt. Abweichungen von den höchstens ausgleichsfähigen Kosten pro Kalenderjahr können innerhalb des Vierjahreszeitraumes und sodann innerhalb des nächsten Vierjahreszeitraumes kompensiert werden. Der Gesamtbetrag der höchstens ausgleichsfähigen Kosten im jeweiligen Vierjahreszeitraum darf nicht überschritten werden.

- (4) Angebotsänderungen im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG werden bei der Festlegung der Fortschreibung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung und des Ausgleichs gemäß Abs. 1 berücksichtigt. § 3 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt..
- (5) Der finanzielle Beitrag wird in 6 gleichen Raten zum 10. Kalendertag der geraden Monate durch den Aufgabenträger Uckermark gezahlt. In beiderseitigem Einverständnis kann von dieser Regelung abgewichen werden.

§ 7

Anpassung und Änderung des finanziellen Beitrags

- (1) Es entspricht dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung, dass die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung während der Vertragslaufzeit relativ stabil und mittelfristig planbar bleibt. Daher werden Anpassungen nicht generell festgelegt, sondern an wenige, prägnante Anpassungsgründe gebunden.
- (2) Auf Grund der Bedeutung des ÖPNV für den Schülerverkehr ist die Schülerverkehrsbedienung im Rahmen der vereinbarten Gesamtleistung zu gewährleisten. Hier sind auch mögliche Änderungen von Schulstandorten und sich daraus ergebende geänderte Fahrgastzahlen und Verkehrsströme zu berücksichtigen.

§ 8

Kooperation im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)

- (1) Die Vertragspartner verpflichten sich zu einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem VBB, um das regionale Verkehrssystem zum Wohle der Verkehrskunden integriert weiterzuentwickeln. Darin eingeschlossen ist die Mitarbeit in den Verbundgremien sowie die Bereitstellung vereinbarter Informationen.

§ 9

Wirksamkeit, Laufzeit und Kündigungsrecht

- (1) Der Vertrag tritt zum 01.01.2005 in Kraft.
- (2) Die Wirksamkeit des Vertrages ist an den Bestand der Liniengenehmigungen gebunden. Sofern Liniengenehmigungen innerhalb der Laufzeit dieses Vertrages, gleich aus welchem Grund, abgeändert werden müssen, aufgrund einer Veränderung oder veränderter Interpretation der Rechtslage aufgehoben werden, wird der Aufgabenträger Anträge der Unternehmen auf Änderung bzw. Wiedererteilung dieser Genehmigungen im Verfahren nach PBefG unterstützen.
- (3) Eine Kündigung des Vertrages ist nur aus zwingendem Grund zulässig. Derartige Gründe sind die nachgewiesene Nichterfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung laut § 3

und Anlage 1 , die nachgewiesene erhebliche Nichterfüllung von Qualitätskriterien laut § 4 oder eingetretener Zahlungsverzug der Vergütungen nach § 6.

- (4) Den Vertragsparteien ist bekannt, dass nach Ablauf der derzeit erteilten Liniengenehmigungen die Verkehrsleistungen möglicherweise in einem Wettbewerbsverfahren vergeben werden müssen.

§ 10

Umsatzsteuer

- (1) Die Vertragspartner gehen davon aus, dass der finanzielle Beitrag nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegt. Basis dafür ist, dass die Finanzministerkonferenz am 18.05.1995 klargestellt hat, dass alle fahrplanmäßigen festgelegten Verkehrsangebote zur Bedienung der Allgemeinheit im ÖPNV und Zahlungen aufgrund hierüber getroffener Vereinbarungen nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

§ 11

Salvatorische Klausel, Wirtschaftsklausel, Gerichtsstand

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner unzumutbar wird, werden die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, falls eine Regelungslücke vorliegt. Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Bestimmung ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt.
- (2) Sollten sich die rechtlichen, wirtschaftlichen oder technischen Voraussetzungen, unter denen diese Betrauungsvereinbarung ergangen ist, grundlegend ändern und ist infolgedessen die Beibehaltung der Bestimmungen für den Landkreis Uckermark oder die in der VGU zusammengeschlossenen Unternehmen nicht mehr zumutbar, weil die auf einen gerechten Ausgleich der Interessen beider Seiten abzielenden Absichten nicht mehr erfüllt werden, so kann die betroffene Seite verlangen, dass die Bestimmungen den geänderten Verhältnissen entsprechend angepasst werden.
- (3) Änderungen und Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung der Schriftformklausel.
- (4) Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Prenzlau.

Prenzlau, den

.....
Klemens Schmitz
Landrat
Landkreis Uckermark

.....
Jürgen Crusius
Geschäftsführer
Personenverkehrsgesellschaft mbH
Schwedt/Angermünde

.....
Dr. Hans-Otto Gerlach
Vorsitzender des Kreistages
Landkreis Uckermark

.....
Hartwig Winands
Geschäftsführer
Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH

Zusatzvereinbarung 2005

zwischen

dem Landkreis Uckermark
Karl-Marx-Straße 1
vertreten durch Herrn Landrat Klemens Schmitz

im Folgenden kurz Aufgabenträger genannt

sowie der Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde,
Steinstraße 5, 16303 Schwedt/Oder,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Herrn Jürgen Crusius

im Folgenden kurz PVG genannt

und der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH,
Hans-Philipp-Straße 2, 17268 Templin,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Herrn Hartwig Winands

im Folgenden kurz UVG genannt.

§ 1

Der Aufgabenträger und die UVG vereinbaren gem. § 3 des Verkehrsvertrags vom __. __. 2004 die nachfolgenden Leistungen für das Jahr 2005.

Linie	Linienkilometer
401	98.981,2
402	62.409,6
403	258.274,7
411	100.432,6
413	138.409,9
414	115.469,5
416	171.243,2
419	160.302,9
421	52.367,2
424	74.385,4
425	213.312,5
427	64.274,3
428	7.844,0
431	135.160,7
432	75.902,0
435	169.233,0
436	20.395,6
441	67.583,5
445	83.227,7
446	60.644,9
447	46.960,4
448	115.898,4
449	42.114,8
475	126.663,3
501	42.707,4
502	207.804,9
503	201.916,4
504	213.777,8
505	51.012,5
506	156.816,8
507	52.317,9
508	50.740,9
509	98.097,0
510	15.640,6
511	13.708,1
512	97.349,5
513	23.457,1
514	16.276,8

Linie	Linienkilometer
515	101.075,1
517	303.504,4
518	24.088,9
519	216.561,1
520	130.525,5
521	98.889,0
522	92.660,0
531	161.945,8
Summe	4.832.364,8

§ 2

Der Aufgabenträger und die PVG vereinbaren gem. § 3 des Verkehrsvertrags vom __.__.2004 die nachfolgenden Leistungen für das Jahr 2005.

Linie	Linienkilometer
450	213.192,91
451	115.152,84
452	32.316,98
453	44.389,21
454	8.564,71
455	12.948,92
456	54.091,39
457	97.810,91
458	15.397,80
459	179.352,62
460	58.144,10
461	44.159,04
462	39.772,57
463	113.528,18
464	32.101,14
465	30.290,77
466	23.324,01
467	29.006,69
468	297.990,96
469	170.650,66
470	37.731,03
471	40.819,66
472	145.178,67
473	142.241,32
474	58.540,72
475	120.609,80
476-478	ca. 50.000,00

Linie	Linienkilometer
481	330.024,25
482	255.436,50
484	179.801,42
485	33.741,79
486	35.594,58
488	28.123,20
489	38.296,27
491	121.103,24
492	81.978,90
494	48.172,88
495	24.167,05
496	28.765,70
446	1.008,00
447	1.738,80
403	64.256,20
432	1.816,39
Summe	3.481.332,78

§ 3

- (1) Der Aufgabenträger zahlt für die in § 1 und § 2 benannten Leistungen einen Ausgleichsbetrag zur Förderung von Verkehrsleistungen gem. § 8 (4) PBefG in Höhe

von 3.041,3 TEUR an die UVG und
von 2.758,7 TEUR an die PVG .

- (2) Die UVG und die PVG verpflichten sich für das Jahr 2005 die Kosten ihres Unternehmens im Vergleich zu den Kosten, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen verbrauchen würde (sog. ausgleichsfähige Kosten im Sinne des Kriteriums 4 des EuGH-Urteils), nachzuweisen. Die UVG und die PVG verpflichten sich für den Nachweis einen einheitlichen Gutachter zu beauftragen, der über hinreichend große Marktkenntnis verfügt.

Prenzlau, den

.....
Klemens Schmitz
Landrat
Landkreis Uckermark

.....
Jürgen Crusius
Geschäftsführer der Personenverkehrs-
gesellschaft mbH Schwedt/Angermünde

.....

Dr. Hans-Otto Gerlach
Vorsitzender des Kreistages
Landkreis Uckermark

.....

Hartwig Winands
Geschäftsführer der Uckermärkischen
Verkehrsgesellschaft mbH

Anlage 2 zum Verkehrsvertrag vom

Qualitätsstandards
(Auszug aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Uckermark)

Hier wird das Kapitel 4.4 aus dem Nahverkehrsplan eingefügt

Anlage 3 zum Verkehrsvertrag vom

Finanzierungsplan

(Auszug aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Uckermark)

Hier wird das Kapitel 6.2 aus dem Nahverkehrsplan eingefügt